

Inhaltsverzeichnis

A Arbeit und Ausbildung

A-2	Jusos Oberpfalz	Das politische Streikrecht erkämpfen	2
-----	-----------------	--------------------------------------	---

B Bildung

B-4	Juso Landesvorstand Bayern	Antrag politische Bildung	11
-----	----------------------------------	---------------------------	----

F Feminismus und Gleichstellung

K Kampf gegen Rechts

P Partei

S Sozialpolitik

S-1	Jusos Unterfranken	Europäischen und sozialen Verpflichtungen nachkommen – Bundeseinheitliches Konzept zur Obdachlosenhilfe mit Fokus auf „Housing First“ erarbeiten	23
-----	-----------------------	--	----

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-2	Jusos Oberpfalz	Deckel drauf!	31
-----	-----------------	---------------	----

INI Initiativanträge

INI-1	Landesvorstand Jusos Bayern	100 Milliarden – nicht mit uns!	33
-------	--------------------------------	---------------------------------	----

A Arbeit und Ausbildung

A Arbeit und Ausbildung

A-2	Jusos Oberpfalz	Das politische Streikrecht erkämpfen	2
-----	-----------------	--------------------------------------	---

A-2

Titel Das politische Streikrecht erkämpfen

Antragsteller*innen Jusos Oberpfalz

Adressat*innen Juso-Bundeskongress

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Das politische Streikrecht erkämpfen

1 Verglichen mit anderen Demokratien und vor allem mit anderen westlichen Industriestaaten fällt auf, dass die
2 Bundesrepublik Deutschland ein erheblich restriktives Streikrecht hat. Von den 27 Staaten der Europäischen
3 Union + Großbritannien, ist der politische Streik nur im vereinigten Königreich, Österreich und Deutschland il-
4 legalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks,
5 wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streik-
6 möglichkeiten nur auf tarifvertraglich regelbare Ziele und den Einschränkungen bei Sympathiestreiks, sind
7 Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie verankert.

8 Wir fordern daher eine Streikrecht gemäß dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der
9 Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Artikel
10 6 Abs. 4 der Europäischen Sozialcharta zu verankern.

11 Darüber hinaus wollen wir das zukünftig Arbeiter:innen, welche in Streiksituationen von der sogenannten kal-
12 ten Aussperrung betroffen sind wieder Anspruch auf ALG I erheben können. Wir fordern die vollumfängliche
13 Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts und des Tarifeinheitsgesetzes, da aus diesen auch und vor allem
14 dem Arbeitskampf negative Konsequenzen erwachsen.

15

16 **Begründung**

17 Die Schwäche des deutschen Streik- und Arbeitskampfrechts ist gerade während der letzten Monate ganz
18 frappierend zum Vorschein gekommen. Nicht jede Branche kämpft nur für sich und nicht jede Branche hat
19 gleich günstige Voraussetzungen für den Arbeitskampf. So waren 7-wochige Streiks (mit denen die IG Metall
20 in den 80ern die 35-Stunden Woche durchgesetzt hat) in der Kranken und Altenpflege kaum denkbar und
21 wurden ganz erheblich die Gesundheit dritter beeinflussen. Die Aufgabe jeglicher Forderung und die schiere
22 Abhängigkeit von übermächtigen Arbeitgeber:innen bzw. Trägerorganisationen kann aber nicht der Weg nach
23 vorne sein. Wir wollen daher nicht nur den solidarischen Streik ermöglichen, was den Gewerkschaften und der
24 arbeitenden Bevölkerung einen gewaltigen Hebel zur unmittelbaren Verbesserung der Arbeitsbedingungen
25 verschafft. Wir wollen auch den politischen Streik in Deutschland endlich auf eine rechtlich sichere Grundlage
26 stellen.

Antragsteller*innen

Jusos Oberpfalz

E-Mail:

Telefon:

B Bildung

B Bildung

B-4	Juso Landesvorstand Bayern	Antrag politische Bildung	11
-----	----------------------------------	---------------------------	----

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
 Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen

B-2

Titel	Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen		
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz,	BayernSPD-Landesparteitag
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen

1 „Junge Menschen sind politisch, auch wenn immer noch versucht wird, Jugendlichen das politische Interesse
 2 abzusprechen. Doch was heißt eigentlich „unpolitisch oder politisch sein“? Für viele ältere Menschen geschieht
 3 die Politik nur in Parlamenten und nur, wer Teil eines Parlaments ist, ist auch Politiker*in. Jugendliche, die
 4 Freitags mit „Fridays for Future“ auf die Straße gehen, werden nicht ernst genommen und schon gar nicht als
 5 politische Menschen wahrgenommen. Es gilt immer noch das Klischee von „diesen jungen Leuten“, die nicht
 6 wissen, was sie da tun. Die aktuelle Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 zeigt, dass das politische Interesse
 7 bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren seit 2015 konstant relativ hoch liegt.

8 „Diese jungen Leute“ wollen dabei vor allem auch selbst Ziele erreichen und nicht nur den „erwachsenen“
 9 Politiker*innen zuschauen. Gewünscht ist eine echte Partizipation, also eine aktive Teilhabe an Planungen,
 10 Entscheidungen und deren Verwirklichungen, die vor allem den eigenen Lebensraum betreffen. Die Jugendli-
 11 chen wollen Politik mitgestalten und nicht hören, wie über sie geredet wird. Sie wissen, was sie brauchen und
 12 können dies selbst artikulieren.

13 Jedes Projekt, das unter dem Titel „Jugendpartizipation“ läuft, muss auf Wirkung ausgelegt sein.

14 Das bedeutet, dass es einen echten Einfluss auf Entscheidungen hat und nicht lediglich eine Scheinpartizipa-
 15 tion darstellt. Nur so kann Partizipation für Jugendliche attraktiv sein. Die Jugendlichen müssen aktiv einge-
 16 bunden sein, damit sie sehen, dass sie etwas bewirken können und dies auch weiter betreiben, sodass sie
 17 nicht nach einem Projekt direkt wieder demotiviert aufgeben. Deshalb sind zwei Aspekte wichtig, die zum Ge-
 18 lingen führen: hauptamtliches, geschultes Personal, das die Beteiligung und Umsetzung konkreter Projekte
 19 ermöglicht und die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen. So ist gewährleistet, dass die jungen
 20 Menschen, die sich für Projekte einsetzen auch deren zeitnahe Umsetzung gestalten können.

21 **Politische Bildung: Partizipation fördern**

22 Bildung, so wie wir Jusos sie verstehen, befähigt Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu leben. Sie bildet damit
 23 das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Politische Bildung meint insbesondere den Bereich der
 24 Bildung, in dem Menschen lernen, wie politische Prozesse funktionieren und wie man an ihnen mitwirken
 25 kann sowie Zusammenhänge im politischen Geschehen und in der Geschichte zu verstehen. Außerdem trägt
 26 sie ihren Teil dazu bei, dass Werte wie Toleranz und Solidarität ausgebildet und gestärkt werden. Politische
 27 Bildung erfolgt auf verschiedenen Wegen: Durch das Erlernen von theoretischem Wissen und das praktische
 28 Erfahren von partizipativen Prozessen.

29 Jede*r hat eine Meinung – egal ob zwei oder 52 Jahre alt. Insbesondere Jugendliche unter 18 Jahren haben
30 durch den Ausschluss von demokratischen Wahlen weniger Möglichkeiten ihre Meinung einzubringen. Unab-
31 hängig davon artikulieren junge Menschen ihre Meinung anders, als erwachsene Menschen, dieser Besonder-
32 heit im Engagement Jugendlicher muss entgegen gekommen werden. Mitbestimmung ist dabei ein Lernpro-
33 zess, der so früh wie möglich beginnen muss. Bereits in der Kita können Kinder in Entscheidungen eingebun-
34 den werden. Sie lernen dabei, dass ihre Meinung zählt und eine Rolle spielt, und sie lernen auch auf andere
35 Meinungen zu achten.

36 Während die Bereiche, in denen Kleinkinder mitbestimmen, sich noch auf kleinere, kurzfristige Entscheidun-
37 gen beschränken, sollen die Möglichkeiten von Schüler*innen je nach Alter und Selbstständigkeit weiter wach-
38 sen. Dies betrifft sowohl die Gestaltung des Unterrichts als auch außerunterrichtliche Bereiche.

39 Jugendbeteiligungsformate müssen altersangemessen, niedrigschwellig und motivierend gestaltet werden.
40 Hierfür sind innovative Methoden zur Gestaltung von Diskussions- und Gruppenprozessen einzusetzen. Ins-
41 besondere sollen auch Methoden gefunden werden, die Kinder im Vorschul- und Grundschulalter an stadt-
42 planerischen Vorgängen die sie betreffen spielerisch beteiligt.

43 **Partizipation im Unterricht**

44 Unterricht, der Schüler*innen ermöglicht, eigene Entscheidungen über Lerninhalt und -methodik zu wählen,
45 ist in unserem aktuellen Schul- und Unterrichtssystem kaum möglich. Volle Lehrpläne und Leistungsdruck
46 dominieren den Alltag ebenso wie Frontalunterricht, in welchem die Lehrkraft bestimmt, wie häufig die Schü-
47 ler*innen etwas beitragen dürfen. Um selbstbestimmten Unterricht ermöglichen zu können, müssen Freiräu-
48 me durch erneuerte Lehrpläne und Stundentafeln geschaffen werden, sodass Kinder und Jugendliche – teils
49 individuell, teils in Gruppen – wählen können, was und in welcher Art und Weise sie lernen möchten. Auch
50 die Lehrkräfte müssen in Aus- und Weiterbildung dazu befähigt werden, ihren Schüler*innen Partizipation im
51 Unterricht zu ermöglichen.

52 **Politische Bildung als Lerninhalt**

53 In der Schule wird politische Bildung in Bayern vor allem im Fach "Politik und Gesellschaft" (vormals: Sozial-
54 kunde) bzw. "Sozialwesen" verortet, welches je nach Schulart unterschiedlich intensiv, jedoch stets mit sehr
55 niedrigem Stundenkontingent unterrichtet wird. So hat ein*e Schüler*in am Gymnasium eine Stunde Klasse
56 10, zwei Stunden Klasse 11, je eine 12 und 13, insgesamt also fünf Wochenstunden Unterricht in Sozialkunde,
57 was im Vergleich aller Schularten das Maximum darstellt. Das ist in unseren Augen zu wenig!

58 Ein Ziel des Faches ist, Schüler*innen zu Diskussionen anzuregen. Dies ist in diesen kurzen Zeitabschnitten
59 kaum möglich. Wir fordern deshalb sowohl die Erhöhung des Stundendeputats für Politikunterricht als auch
60 an dieser Stelle eine Flexibilisierung der Lernzeiten langfristig über ein Aufbrechen des starren Stundenrhyth-
61 muses sowie die Etablierung von Lernen in Projekten. Politikunterricht beziehungsweise passende Projekte
62 sollten dabei ab der ersten Klasse ihren Raum bekommen, wobei von Anfang an Bezug auf die aktuelle Tages-
63 politik genommen werden sollte. Es gilt, das Interesse von Kinder für Politik zu wecken und aufrechtzuerhalten.
64 Dies kann und sollte auch durch den Austausch mit Mandatsträger*innen oder Kandidierenden der demokra-
65 tischen Parteien, denen die AfD nicht angehört, aller politischen Ebenen geschehen, um Politiker*innen nahbar
66 zu machen. Ziel dabei ist es auch, die in den letzten Jahren teilweise verstärkt befeuerte Skepsis gegenüber
67 Parteien und Parlamenten abzubauen. Ebenso sind Gesprächsrunden oder Projekte mit Gewerkschaften und
68 Verbänden zu fördern sowie der Besuch von Orten mit politischer Relevanz wie zum Beispiel Gedenkstätten
69 oder Parlamente.

70 Bei der politischen Bildung, insbesondere der Zusammenarbeit mit Parteien und Organisationen, ist die Ein-
71 haltung des Beutelsbacher Konsenses selbstverständlich sicherzustellen. Dies bedeutet, dass Schüler*innen
72 durch die Lernangebote befähigt werden müssen, sich ihre Meinung zu bilden und sich an politischen Prozes-
73 sen zu beteiligen, und dass strittige Meinungen aus verschiedenen Blickwinkeln dargestellt werden müssen.
74 Dabei bleibt zu betonen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie und Sexis-
75 mus keine strittigen Themen sind, sondern strikt abgelehnt werden und in der freiheitlich demokratischen
76 Grundordnung keinen Platz haben. Menschen, Parteien und Verbänden, die dies nicht glaubhaft vertreten, ist
77 in der Schule kein Podium zu bieten.

78 **SMVen stärken**

79 In der "Schülermitverantwortung" (sic) (kurz SMV) können sich Jugendliche an weiterführenden Schulen enga-
80 gieren, um ihre Schule mitzugestalten. An der Spitze des Gremiums stehen die von der Schüler*innenschaft
81 oder der Klassensprecher*innenversammlung gewählte Schüler*innensprecher*innen. Die SMV hat dabei
82 nach Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz das Recht, über alle die Schüler*innenschaft betreffen-
83 den Belange informiert zu werden, Beschwerden vorzubringen, zwischen Schüler*innen und Lehrkräften oder
84 Schulleitung zu vermitteln sowie Wünsche bezüglich des Schulalltags und Schulveranstaltungen vorzubringen
85 und bei der Umsetzung mitzuwirken. Inwieweit die SMVen dabei an ihren Schulen tatsächlich ihre eigenen Ide-
86 en und Vorstellungen umsetzen können, hängt allerdings stark von der jeweiligen Schulleitung ab. Wir fordern,
87 dass gewisse Rechte den SMVen über die aktuellen Bestimmungen hinaus grundlegend eingeräumt werden.
88 Hierzu gehört zum einen das Recht auf ein mehrtägiges, außer Haus stattfindendes SMV-Seminar an allen wei-
89 terführenden Schulen, das jährlich zu Beginn des Schuljahres stattfinden soll. Die SMVen können hier ihre ge-
90 meinsamen Ziele festlegen und sich als Team finden. Das Seminar soll vollständig finanziert werden. Darüber
91 hinaus sind den SMVen weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Projekte umgesetzt werden
92 können. Insbesondere sollen dabei politische Projekte unterstützt werden, die über aktuellen Aktivitäten wie
93 einen Kuchenverkauf und eine Halloweenparty hinausegehen.

94 Wir fordern außerdem, dass Schüler*innen in bestimmten Bereichen alleinige Entscheidungsrechte haben.
95 Dies kann beispielsweise die Verwendung von einem niedrigen einstelligen Prozentanteil des Schulbudgets
96 oder die Auswahl und das Angebot von Wahlfächern betreffen. Außerdem sind den SMVen die notwendigen
97 Räumlichkeiten für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sollten auch außerhalb der Schulöffnungszeiten
98 erreichbar sein, da sich die Schüler*innen während der Schulzeit vorwiegend im Unterricht aufhalten und
99 deshalb keine Aktionen planen können.

100 Auch die Betreuung der SMV durch eine oder mehrere Verbindungslehrkräfte hängt stark von den gewählten
101 Personen ab – von völligem Desinteresse über angemessene und erwünschte Begleitung bis zur Bevormun-
102 dung. Sowohl für Schulleitungen als auch für Verbindungslehrkräfte sollten deshalb regelmäßige Weiterbildun-
103 gen angeboten werden, in denen sie lernen, wie sie partizipative Prozesse gestalten und die SMV im richtigen
104 Maße unterstützen können.

105 **Partizipationsmöglichkeiten in der Freizeit**

106 Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in oder bei Hausaufgaben und Lernen mit der
107 Schule. Bereits für Kinder in der dritten und vierten Klasse nimmt die häusliche Vorbereitung einen großen
108 Zeitraum am Nachmittag ein. Um sich entfalten zu können, ist es aber ebenso notwendig, den eigenen indivi-
109 duellen Hobbys nachgehen zu können. Schulen in Bayern sollten daher grundsätzlich als rhythmisierte Ganz-
110 tagsschulen organisiert sein, damit nach Ende der Schule auch alle schulischen Pflichten erfüllt sind. So haben
111 sie die Möglichkeit, Sport zu treiben oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Auch in Vereinen und Verbänden
112 sollen die Möglichkeiten der Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche gestärkt werden.

113 **Mitbestimmung in der Ausbildung**

114 Während es auch in Berufsschulen SMVen gibt und die Auszubildenden hier – zumindest teilweise – mitbestim-
115 men dürfen, ist eine Mitbestimmung im Ausbildungsbetrieb bei weitem nicht sichergestellt. In Unternehmen
116 mit Betriebsrat vertreten Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) die Interessen der Auszubildenden.
117 Hat ein Unternehmen keinen Betriebsrat, so ist auch die Bildung einer JAV aktuell nicht möglich. Diesen Zu-
118 stand halten wir für nicht tragbar und fordern, dass in allen Unternehmen die Gründung einer JAV möglich
119 ist!

120 Damit die JAV eine echte Mitbestimmung besitzt, fordern wir unabhängige Handlungsmöglichkeit auch ohne
121 Zustimmung des BR in Fragen der Jugend, Auszubildenden, Dual Studierenden und Praktikant*innen. Dies
122 muss unter einem verstärkten Kündigungsschutz, Versetzungsschutz und der Zusicherung einer unbefriste-
123 ten Übernahme von JAV's nach der Ausbildung geschehen, um ohne Sorge auch bei schwierigen Fragen aktiv
124 werden zu können. Uns ist wichtig die Möglichkeiten der Mitbestimmung durch Azubis, Dualis, Jugendlichen
125 und Praktikant*innen in möglichst viele Betriebe zu tragen, weswegen die Altersgrenze für die Gründung einer
126 JAV abgeschafft werden soll und bereits ab 3 Azubis, Dualis, Jugendlichen oder Praktikant*innen deren Einsatz
127 länger als 3 Monate andauert, möglich sein muss.

128 **Politische Bildung über die Schule hinaus**

129 Mit dem Abschluss der Schule und der Ausbildung endet Lernen nicht. Vielmehr erlernt man sein Leben lang

130 neues Wissen und neue Fertigkeiten, die nicht ausschließlich mit dem eigenen Beruf zusammenhängen müs-
131 sen. Hierzu gehört auch die Fortbildung im Bereich der politischen Bildung. In allen Bundesländern außer
132 Sachsen und Bayern haben Arbeitnehmer*innen für Weiterbildung in den verschiedensten Bereichen die Mög-
133 lichkeit, Bildungsurlaub zu nehmen. Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere Forderung nach der Einführung
134 eines gesetzlichen Anspruches auf Bildungsurlaub im Umfang von mindestens zwölf Tagen.

135 Darüber hinaus wollen wir, dass Einrichtungen der politischen Bildung stärker gefördert werden. In Oberbay-
136 ern ist dabei insbesondere die Georg-von-Vollmar-Akademie zu nennen, die im Bereich der politischen Bildung
137 ein attraktives und umfangreiches Bildungsangebot anbietet. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen,
138 dass deren Bildungsstätte in Kochel erhalten bleibt.

139 **Partizipation in der Kommune**

140 **Jugendsprechstunde**

141 Analog zu Bürger*innensprechstunden, die in vielen Kommunen von Bürgermeister*innen angeboten wer-
142 den, soll es auch mindestens einmal im Monat eine Sprechstunde des*r Bürgermeister*in für Kinder und Ju-
143 gendliche geben. Die Jugendlichen können so mit ihren Fragen rund um die Kommune bzw. die Politik in der
144 Kommune zum*r Bürgermeister*in kommen und bekommen Antworten aus erster Hand. Damit die Jugendli-
145 chen an kommunalen Entscheidungen teilhaben, brauchen sie die Möglichkeit leicht an Antworten zu kommen
146 – dies klappt am besten in einer Jugendsprechstunde des*r Bürgermeister*in oder eines*r Vertreter*in des
147 Gemeinderats. Ein leicht zugängliches, niederschwelliges Onlineportal soll darüber hinaus alle Beschlüsse und
148 Anträge der Kommunen (Gemeinde- & Stadträte sowie Kreistage) übersichtlich zur Verfügung stellen.

149 **Jungbürger*innenversammlungen**

150 Um die Jugendlichen besser in die Geschehnisse der Gemeinde einzubinden, soll mindestens einmal im Jahr
151 eine Jungbürger*innenversammlung stattfinden, zu der alle Jugendlichen, im Alter von 10 bis 22 Jahre, recht-
152 zeitig per Post eingeladen werden. Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, ist darüber hinaus
153 auch in den Jugendzentren zu mobilisieren, in denen auch Menschen erreicht werden können, die noch nicht
154 politisch interessiert oder aktiv sind. Zusätzlich muss die Veranstaltung auf Social Media und in der Zeitung
155 beworben werden. Auf der Jungbürger*innenversammlung muss der Stadt- oder Gemeinderat allen Jugendli-
156 chen mit einem offenen Ohr Rede und Antwort stehen.

157 Innerhalb eines bestimmten Rahmens soll die Jungbürger*innenversammlung abschließende Entscheidungen
158 treffen können, wenn kein Jugendrat vorhanden ist. Die Themensetzung für die Veranstaltung soll dabei durch
159 die Jugendlichen selbst, beispielsweise durch Rückmeldung in den sozialen Medien erfolgen.

160 **Jugendrat**

161 Neben der Jungbürger*innenversammlung stellt auch ein Jugendrat eine gute Möglichkeit der direkten Jugend-
162 partizipation dar.

163 *Definition Jugendrat*

164 Ein Jugendrat ist ein Gremium, in welchem Jugendliche zu aktuellen Belangen einer Kommune tagen. Es ori-
165 entiert sich dabei an den parlamentarischen Gremien in der Kommune – also dem Stadt- oder Gemeinderat.
166 den Jugendrat bzw. die Jugendlichen, die Teil des Jugendrats sind, sollen zu einer Verbesserung der Situati-
167 on von Kindern und Jugendlichen in der Kommune beitragen. Sie sind die Vertreter*innen aller Kinder und
168 Jugendlichen und setzen sich für diese ein.

169 Die institutionalisierte Beteiligung von Jugendlichen an der politischen Entscheidungsfindung existiert in ver-
170 schiedenen Formen unter verschiedenen Bezeichnungen. Unter Jugendparlamenten werden unterschiedliche
171 Dinge verstanden, das reicht von gewählten dauernden Vertreter*innen bis zu einmalig tagenden Vollver-
172 sammlungen, aus denen keine Ergebnisse resultieren.

173 Wir verwenden daher den Begriff des Jugendrates, dieser beinhaltet für uns Kriterien, wie die projektorientierte
174 und verstetigte Arbeitsweise, ausreichende Finanzierung und hauptamtliche Unterstützung.

175 *Grundanforderungen an Jugendräte*

176 Die Wahlen für den Jugendrat sollen demokratisch per Brief stattfinden. Wahlberechtigt sind alle Kinder und
177 Jugendlichen von 13 bis 22 Jahren mit Wohnsitz in der jeweiligen Gemeinde. Hierbei muss die Kommune dafür
178 sorgen, dass alle sozialen Schichten abgebildet sind.

179 Sind in der Kommunalen Ebene ausreichend örtliche Schulen vorhanden, so ist die Wahl für den Jugendrat
180 über ein Delegiertensystem zu bevorzugen. Dabei entsenden die örtlichen Schulen gewählte Delegierte, wo-
181 bei alle vorhandenen Schularten gleichermaßen vertreten sein müssen. Diese bilden dann den Jugendrat auf
182 kommunaler Ebene. Die kommunalen Strukturen bringen unterschiedlichste Voraussetzungen mit sich. Länd-
183 liche Kommunen, in denen es nur wenige oder gar keine weiterführenden Schulen gibt, haben oft das Problem,
184 dass eine schulbasierte stetige Jugendpartizipationsarbeit kaum umzusetzen ist. Wichtig ist uns, dass Jugend-
185 partizipation überall stattfindet. Deshalb bevorzugen wir in diesen Fällen Projektbezogene Jugendarbeit, deren
186 Ausgestaltung den Kommunen obliegt. So können insbesondere ländliche Strukturen von jungen Menschen
187 mitgestaltet und attraktiver gemacht werden. Grundsätzlich soll dabei auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet
188 werden und sich an die Leitplanken des BJR für Jugendpartizipation gehalten werden:

189 – altersangemessen, milieu- und geschlechtersensibel niederschwellig und motivierend zeitlich für die Jugendli-
190 chen überschaubar angelegt bezugnehmend auf das konkrete Lebensumfeld transparent in den tatsächlichen
191 Auswirkungen auf Entscheidungen ausreichend mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet Per-
192 spektiven und Nachhaltigkeit für Anschlussprojekte/-initiativen bietend

193 Sobald die Wahl des Jugendrats durchgeführt wurde, liegt die politische Verantwortung bei den gewählten
194 Mitgliedern.

195 Jeder Jugendrat wird durch eine pädagogische Fachkraft unterstützt. Diese hat dabei selbstverständlich im
196 Jugendrat kein Stimmrecht, kann aber angehört werden. So begleitet sie den Prozess, gibt – sofern nötig – Im-
197 pulse und steht zur Unterstützung bereit, sollte es zu Konflikten oder anderen Problemen kommen. Inwieweit
198 eine Betreuung durch die pädagogische Fachkraft erfolgt beziehungsweise wie umfangreich diese ist, soll von
199 den Jugendlichen mitbestimmt werden können.

200 *Räumlichkeiten*

201 Weiterhin ist es notwendig, dass der Rat einen barrierefreien Tagungsraum von der Gemeinde zur Verfügung
202 gestellt bekommt. Als Raum kann beispielsweise der Jugendraum oder das Jugendzentrum der Gemeinde
203 genutzt werden, wenn Ausstattung und Größe dies zulassen.

204 *Ebenen und Zusammenarbeit der einzelnen Jugendräte*

205 Die Jugendräte sollen analog zu den Kommunalebene angegliedert sein. Davon ausgenommen sind die Be-
206 zirkrausschüsse der großen Städte, da sich dort junge Menschen erfahrungsgemäß eher mit der gesamten
207 Stadt identifizieren als mit einzelnen Stadtvierteln. Die Räte auf den unterschiedlichen Ebenen sollen unab-
208 hängig voneinander gewählt werden. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, sich sowohl für einen Platz
209 im Jugendrat der Kommune zu bewerben als auch für den Kreisjugendrat. Durch die Unabhängigkeit der Gre-
210 mien verhindert man, dass immer nur die gleichen Menschen Verantwortung und Posten übernehmen. So
211 können sich Bewerber*innen, die sich insbesondere für Themen im Landkreis einbringen wollen, auf der ent-
212 sprechenden Ebene wählen lassen, ohne vorher auf kommunaler Ebene gewählt worden zu sein. Das schafft
213 abwechslungsreiche Jugendräte mit vielen neuen Blickwinkeln.

214 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen Kreis- und Kommunalebene fördern, indem wir analog zu den
215 Bürgermeister*innenrunden auch Treffen zum inhaltlichen Austausch anbieten. Dabei kann ein Erfahrungs-
216 austausch stattfinden und es können neue Denkanstöße geliefert werden. Verschiedene Themen, die in meh-
217 reren Gemeinden relevant sind, können vom Kreis unterstützt werden, damit eine flächendeckende Umset-
218 zung erreicht werden kann.

219 *Aktive Mitbestimmung des Jugendrats*

220 Um dem Jugendrat die Möglichkeit zu geben, seine Beschlüsse und Initiativen umzusetzen und seine Arbeits-
221 fähigkeit zu gewährleisten, sollen die Kommunen in ihrem Haushalt für den Jugendrat eine gesonderte Stelle
222 einrichten. Der Jugendrat verwaltet dabei selbst die ihm zur Verfügung gestellten Mittel und legt der Kommune
223 einen Bericht über die Verwendung der Mittel vor.

224 Damit die Bedürfnisse der Jugendlichen durch das Budget erfasst werden, soll die Kommune den Jugendlichen
225 in dieser Angelegenheit ein Mitspracherecht über die Höhe des Budgets einräumen.

226 Die Anträge, die den Jugendrat behandelt, sind Vorschläge der jungen Bevölkerung einer Kommune, wie sie
227 sich ihr Leben vor Ort in Zukunft wünschen und vorstellen. Die Gemeinden sollen den Räten deshalb außerdem
228 die Möglichkeit geben, Anträge in den Gemeinderat einzubringen. An den Beratungen über die Vorschläge
229 sollen Mitglieder des Jugendrates teilnehmen und auch ein Rederecht bekommen. So soll sichergestellt sein,
230 dass den Jugendrat möglichst reibungslos tätig sein kann und Jugendbeteiligung in der Kommune erfolgreich
231 funktioniert.

232 *Unterstützung des Jugendrats durch Jugendbeauftragte des Gemeinderats und pädagogische Fachkräfte*

233 Kommunale Jugendbeteiligung ist in jeder Gemeinde ein besonders wichtiges Thema, das leider oft nicht die
234 nötige Aufmerksamkeit bekommt. Gerade in kleineren Gemeinden kommt es häufig vor, dass sich Jugend-
235 beauftragte als einzige den Anliegen der Jugendlichen annehmen. Das es sich hierbei in der Regel um ein
236 Ehrenamt zusätzlich zum Gemeinderatsmandat handelt, hängt die jugendpolitische Aktivität häufig von den
237 zeitlichen Ressourcen und den politischen Schwerpunkten der*des Beauftragten ab und kommt leider häufig
238 zu kurz. Da die kommunale Jugendbeteiligung ein sehr großes Feld ist, reicht es oft nicht, nur einen ehrenamt-
239 lichen Beauftragten dafür einzusetzen. Wir fordern stattdessen pädagogische Fachkräfte, die sich als Teilbe-
240 reich ihrer Arbeitsstelle um die Koordination und den Aufbau des Jugendrats kümmern. Gerade in kleineren
241 Gemeinden kann es sein, dass sie sich keine Fachkraft leisten können und diese Fachkraft auch nicht genug
242 Aufgaben für eine Vollzeitstelle hätte. Eine mögliche Lösung wäre an dieser Stelle, dass sich mehrere Nach-
243 bargemeinden eine pädagogische Fachkraft für den Bereich der Jugendpartizipation und die Betreuung des
244 Jugendrats teilen.

245 Wichtig ist bei der Unterstützung des Jugendrats, dass die Sozialpädagog*innen nicht die Rolle der*des "Auf-
246 passer*in" übernehmen, sondern sie sollen im Sinne des Empowerment-Ansatzes, die Jugendlichen befähigen,
247 selbst aktiv zu werden und den Prozess der politischen Beteiligung unterstützend zu begleiten. Die pädagogi-
248 sche Fachkraft steht dabei immer, wenn Fragen aufkommen, als Ansprechperson zur Verfügung.

249 Deshalb fordern wir:

250 Die Partizipation junger Menschen als Grundsatz in die Bayrische Verfassung aufzunehmen. Die Jugendbetei-
251 ligung als Prinzip in die Bayrische Gemeindeordnung sowie in den Geschäftsordnungen der Kommunen und
252 Landkreise festzuschreiben.

253 **Wahlalter 14 jetzt!**

254 *Fridays for Future*, die Demonstrationen gegen die Urheberrechtsreform der Europäischen Union und zahlrei-
255 che Debatten über die Sozialen Netzwerke machen klar: Die Jugend will mitbestimmen. Aktive Mitbestimmung
256 und Beeinflussung der politischen Lage geschieht in einer Demokratie durch die Teilnahme an Wahlen. Doch
257 hier haben wir aktuell für Jugendliche einen deutlichen Missstand: Wählen ist erst ab Erreichen der Volljährig-
258 keit mit 18 Jahren möglich.

259 Besonders konservative Kräfte lehnen vehement das Wahlrecht für Jugendliche unter 18 Jahren ab. Der häu-
260 figste Vorwurf der Gegner*innen ist die fehlende Einsichtigkeit und der Mangel an Verantwortungsbewusst-
261 sein der jungen Menschen, die an die Urnen treten möchten.

262 Doch bekommen die Jugendlichen in vielen Bereichen noch vor dem Erreichen der Volljährigkeit Verpflich-
263 tungen auferlegt und Rechte zugesprochen. Mit 16 Jahren können Jugendliche bereits eine Arbeit annehmen
264 bzw. in eine Lehre eintreten. Damit kann auch die Verpflichtung mit einhergehen, Steuern und Abgaben zu
265 entrichten.

266 Die Strafmündigkeit tritt bereits mit 14 Jahren ein, ein*e Jugendliche*r kann ab diesem Zeitpunkt für all seine
267 Vergehen zur Rechenschaft gezogen werden und muss sich für diese verantworten. Auch haben Jugendliche
268 in vielen deutschen Bundesländern mit Erreichen des vierzehnten Lebensjahres das Recht, ihre Religion be-
269 ziehungsweise ihre Religionszugehörigkeit frei zu wählen, ohne die Zustimmung der Eltern einholen zu müs-
270 sen.

271 Auch der Vorwurf, Jugendliche seien in ihrer Wahlentscheidung leichter beeinflussbar als ihre erwachsenen
272 Mitbürger*innen, entbehrt seiner Grundlage. Besonders des Vorwurf, junge Menschen würden leichter für

- 273 einfache und radikale Äußerungen zu begeistern sein als
- 274 Erwachsene und deshalb eher rechtsradikale Parteien wählen, ist haltlos: Stimmten bei der Bundestagswahl
275 2017 12,6 Prozent der Deutschen für eine offen menschenfeindliche Partei, die AfD, erreichte diese bei den Ju-
276 niorwahlen, also Wahlen für alle Minderjährigen, 6,0 Prozent, die Hälfte des Ergebnisses der Bundestagswahl.
277 Bei näherer Betrachtung entpuppen sich die Argumente der Gegner*innen einer Herabsetzung des Wahlalters
278 als Nebel um den wahren Kern: Einer Verweigerungshaltung gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung, die
279 dem 21. Jahrhundert angemessen ist.
- 280 Doch diese Anschauung wird sich nicht halten, denn wir werden das nicht zulassen. Das machen wir mit diesem
281 Antrag nochmals deutlich. Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle Menschen an ihrem Hauptwohnsitz.
282 Wir fordern die Absenkung des Wahlalters – aktiv wie auch passiv – auf 14 Jahre für alle!

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

E-Mail: buero@jusos-obb.de

Telefon:

B-4

Titel	Antrag politische Bildung	
Antragsteller*innen	Juso Landesvorstand Bayern	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Antrag politische Bildung

- 1 **Innerschulisch:**
- 2 Bayern ist mit einem Anteil von 0,5 Prozent das Schlusslicht in der politischen Bildung in der
- 3 Bundesrepublik. Daher fordern wir, dass das Fach Politik und Gesellschaft mit mehr Stunden
- 4 an allen weiterführenden Schulen ausgestattet wird. Konkret wollen wir, dass mindestens 8%
- 5 der Lernzeit auf politische Bildung entfallen. Gleichzeitig muss das Fach bereits ab der
- 6 sechsten Jahrgangsstufe unterrichtet werden. Darüber hinaus muss die Aufstockung der
- 7 Stundenzahl, zu einem flexibleren Lehrplan führen, sodass auf aktuelle politische Ereignisse
- 8 und Schüler*innen Interessen eingegangen werden kann. Ebenfalls gibt es dadurch mehr
- 9 Möglichkeiten Schulausflüge im Fach „Politik und Gesellschaft“ und „GPG“ zu veranstalten
- 10 und dadurch Demokratie besser und direkter erleben zu können. Hierzu braucht es verstärkt
- 11 Angebote von politischen Institutionen. Wichtig ist auch, demokratische Prozesse in der
- 12 Schule stärker abzubilden und der SMV (Schüler mit Verantwortung) und allen
- 13 Schüler*innenvertretungen in dem Zusammenhang mehr Kompetenzen einzuräumen.
- 14 **Außerschulisch:**
- 15 Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, wie dringend politische Bildung für die
- 16 Gesamtbevölkerung ist. Dazu braucht es eine finanzielle, personelle und institutionalisierte
- 17 Etablierung politischer Bildung in der Erwachsenenbildung. Bildungsstätten, wie die Georgvon-Vollmar-
- 18 Akademie oder die Akademie Frankenwarte müssen weiterhin finanziell
- 19 abgesichert werden.
- 20 Außerschulische Bildungsangebote im Rahmen der politischen Bildung ergänzen die
- 21 schulische politische Bildung. Diese leisten einen wichtigen Beitrag, indem sie einzelne
- 22 Kompetenzen, die laut Lehrplan fächerübergreifend gelehrt werden sollen, konkret
- 23 aufgreifen, sie thematisieren und vertiefen. Derartige Projekte sind auf Förderungen des
- 24 Bundes und des Freistaats angewiesen und arbeiten stets unter großen Unsicherheiten.
- 25 Deshalb fordern wir den Freistaat auf demokratiefördernde Projekte abzusichern und die

26 zeitliche Befristung nach einer kurzen Probezeit von einem Jahr abzuschaffen. Die Aufgabe
27 von Lehrkräften ist neben der Vermittlung von fachlichem Wissen und Kompetenzen, die
28 Erziehung zu mündigen und demokratischen Mitgliedern der Gesellschaft. Zweiteres wird
29 aufgrund von Überlastungen im Schulwesen vernachlässigt. Gute außerschulische Angebote
30 bieten Lehrkräften eine essentielle Hilfestellung. Deshalb fordern wir für Kinder und
31 Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr ein Recht auf außerschulische Bildung im Rahmen der
32 schulischen Bildung.

33

34 **Begründung**

35 Wir als Jusos Bayern fordern weiterhin das Wahlrecht ab 14 Jahren. Um sicherzustellen, dass
36 Jugendliche ihr Entscheidung gut informiert treffen können, braucht es in Bayern einen
37 massiven Ausbau der politischen Bildung. Dies betrifft sowohl die schulische politische
38 Bildung als auch die außerschulische Bildung. Klar ist, dass gute politische Bildung, welche
39 den Grundsätzen, des Überwältigungsverbots, des Kontroversitätsgebots und der
40 Orientierung an Schüler*innen und Bürger*innen Interessen entspricht, das beste Mittel
41 gegen rechte Tendenzen, Parteien und Extremisten ist.
42 Durch ein Recht auf außerschulische Bildung werden wichtige politische Kompetenzen nicht
43 nur lediglich „nebenbei“ gelehrt, sondern konkret durch außerschulische Angebote vertieft.
44 Lehrkräfte, die bislang die Vermittlung von politischer Bildung vernachlässigt haben, sind
45 dann dazu verpflichtet ihrer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen.

Antragsteller*innen

Juso Landesvorstand Bayern

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon:

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
 Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen
 F-3 Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen

F-3

Titel	Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen		
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Gewalt und Diskriminierung schaffen

1 Wir fordern die Schaffung niedrigschwelliger Beratungs- und Beschwerdemöglichkeiten bei sexualisierter Ge-
 2 walt und Diskriminierung von Seiten öffentlicher Institutionen. Das bloße Einführen von zum Beispiel Frau-
 3 en*beauftragten und Gleichstellungsbeauftragten allein reicht nicht aus. Die Angebote müssen auch bei den
 4 Betroffenen ankommen. Wenn nach Informationen gesucht wird, müssen diese leicht auffindbar sein. Dazu
 5 zählen entsprechende Keywords auf den Webseiten, damit entsprechende Angebote einfach über Suchma-
 6 schinen gefunden werden können, wie „Awareness + Name der Universität“, „Belästigung + Name der Univer-
 7 sität“ etc., sowie auch entsprechend detaillierte Informationen auf den Webseiten mit internen sowie externen
 8 Ansprechpartner*innen für Betroffene in unterschiedlichen Situationen.

9 Sowohl die Informationen als auch die Beratung müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden,
 10 damit auch nicht deutschsprachige Betroffene das Angebot wahrnehmen können.

11

12 Begründung

13 Sexualisierte Gewalt und Diskriminierung finden alltäglich statt und erfordern daher unser gesellschaftliches
 14 Eingreifen. Dazu zählen sowohl ein gesteigertes Bewusstsein in der Bevölkerung für diese Probleme als auch
 15 schnelle, niedrigschwellige Hilfsmöglichkeiten und ggf.

16 entsprechende Konsequenzen, um vor Übergriffen schützen zu können und Prävention betreiben zu können.
 17 Davon sind auch öffentliche Einrichtungen wie Verwaltungen, Schulen, Universitäten, Hochschulsport und viele
 18 andere Einrichtungen und Institutionen betroffen. Da es für die Betroffenen ohnehin sehr schwer ist, dies
 19 zu thematisieren oder eine Beschwerde einzureichen, müssen Angebote zur Betreuung sowie Beschwerde
 20 niedrigschwellig zugänglich sein.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

E-Mail: buero@jusos-obb.de

Telefon:

K Kampf gegen Rechts

K Kampf gegen Rechts

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
 Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen
 K-1 Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen

K-1

Titel Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen

Antragsteller*innen Jusos Oberbayern
 Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Rechtsradikale Symbolik bekämpfen, verbieten bestrafen

1 Die Strafbarkeit rechtsradikaler Symbole wird neu bewertet: Die Liste der nach §86a StGB strafbaren Symbole
 2 wird durch das zuständige Innenministerium erweitert. Ferner wird ein nationales und ein europäisches Re-
 3 gister nationalistischer, nationalsozialistischer und faschistischer Symbole, Texte und Lieder eingeführt, dass
 4 ständig aktualisiert wird und als Grundlage juristischer Verfolgung dient.

5 Explizit wird die Verwendung folgender Symbole in rechtsradikalen Kontexten strafbar:

6 Schwarze Sonne , Reichsflagge, Reichskriegsflagge von 1867 – 1921, 1922 – 1933, 1933 – 1935

7 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der Flagge der Südstaaten der USA, die sogenannte Konföderierten-
 8 Flagge, welche ein Symbol für Sklaverei und Rassismus darstellt, verboten und unter Strafe gestellt werden
 9 kann. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.

10 Des Weiteren wird geprüft, ob sich die Verwendung des Zahlencodes 168:1 als Verherrlichung von Straftaten
 11 (§140 StGB) und/oder Volksverhetzung (§130 StGB) unter Strafe stellen lässt. Ebenfalls soll die Verwendung des
 12 Codes „Fourteen Words“ geprüft werden. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.

13 Auch wird geprüft, ob sich die Verwendung der oben genannten Symbole im Rahmen des §130 StGB unter
 14 Strafe stellen lässt. Sollte sich dies bestätigen, wird entsprechend gehandelt.

15 Außerdem wird geprüft, welche weiteren Symbole, durch Rechtsradikale verwendet werden, als verfassungs-
 16 feindlich, volksverhetzend und strafbar eingestuft werden können – und es wird entsprechend gehandelt.

17

18 Begründung

19 Die Schwarze Sonne war ein Symbol der SS und wird heute gerne als legaler Ersatz für die verbotenen SS-
 20 Runen und das Hakenkreuz verwendet. Es ist historisch nicht belegt, dass das Symbol aus dem Germanentum
 21 stammt, sondern es handelt sich um ein Kunstprodukt der SS, auch wenn dies in der rechtsextremen Szene
 22 meist geleugnet wird. Das Sonnenrad erscheint erstmals als Bodenornament im Obergruppenführersaal
 23 der SS-Schule Haus Wewelsburg. Erst nach 1945 wurde es als Schwarze Sonne bezeichnet und findet in der
 24 Neonazi-Szene Verwendung. Ihre Verwendung ist bisher nur in Verbindung mit verbotenen Organisationen
 25 verboten.

26 Man kann die Schwarze Sonne als eine Zusammensetzung von zwölf Sig-Runen oder als zwölfarmiges Haken-

27 kreuz verstehen. Ausgedrückt werden soll die „Verbundenheit mit der eigenen Art und mit den arteigenen
28 Wertvorstellungen“. Die Schwarze Sonne erhält einen immer höheren Stellenwert für Lifestyle-Produkten der
29 neonazistischen Szene aller Art. Beobachter der Szene sehen das Symbol durch die häufige Verwendung als
30 Ersatz für das verbotene Hakenkreuz. Da das Tragen der Reichskriegsflagge des NS-Regimes heute verboten
31 ist, suchen Rechtsextreme
32 bei ihren Aufmärschen nach Ersatz. Häufig nutzen sie die anderen Versionen der Reichskriegsflagge bei De-
33 monstrationen als legale Alternative.
34 Bereits in der Weimarer Republik war die alte (heute noch legale) Reichskriegsflagge Symbol von rechtsextre-
35 men Parteien und Organisationen. Die paramilitärische Vereinigung
36 „Reichskriegsflagge“ wählte sie beispielsweise für
37 hren Namen und als Erkennungszeichen. Eines der Mitglieder des Bundes war Heinrich Himmler, die mittel-
38 bare politische Leitung hatte im Jahr 1923 Adolf Hitler. Es wundert also nicht, dass auch heute Neonazis die
39 Reichskriegsfahne gerne übernehmen. Die Flagge ist als Symbolen und Erkennungszeichen in der Neonazi-
40 und Reichsbürger*innen-Szene besonders beliebt.
41 Auch von amtlichen Stellen werden die legalen Versionen der Reichskriegsflagge als Ausdruck einer politischen
42 Gesinnung verstanden. In einem Erlass des brandenburgischen Innenministeriums heißt es zum Beispiel: „Die
43 Reichskriegsflagge ist weiterhin Symbol nationalsozialistischer Anschauungen und/oder von Ausländerfeind-
44 lichkeiten. Ihre Verwendung in der Öffentlichkeit stellt eine nachhaltige Beeinträchtigung der Voraussetzun-
45 gen für ein geordnetes staatsbürgerliches Zusammenleben und damit eine Gefahr für die öffentliche Ordnung
46 dar.“
47 Die Zahlenkombination 168:1 ist ein Code für den Sprengstoffanschlag 1995 in Oklahoma City/USA auf ein
48 Verwaltungsgebäude, bei dem 168 Menschen ums Leben kamen. Der Neonazi Timothy McVeigh wurde dafür
49 zum Tode verurteilt und 2001 hingerichtet. In makabrer Verherrlichung dieses Terroranschlags gibt der Code
50 das »Ergebnis« des Anschlags wieder und findet sich auf TShirts und als Sprüherei.
51 „Fourtee Words“ stehen für den Satz „we must secure the existence of our people and future for white child-
52 ren“, der dem US-Rechtsextremisten Daiv Eden Lane zugewiesen wird. Sie dienen ebenfalls als Code für US-
53 Amerikanische und Europäische Neo-Nazis und Rassist*innen.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-
Landesparteitag

E-Mail: buero@jusos-obb.de

Telefon:

P Partei

P Partei

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
 Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPDP-2 Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD

P-2

Titel	Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD		
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern		
Adressat*innen	Adressat*innen:	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag
	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Barrierefreie Parteiveranstaltungen bei Jusos & SPD

- 1 Alle Menschen sind gleichberechtigt, so sagt es auch der Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention. Die-
- 2 ser garantiert Menschen mit Behinderung die uneingeschränkte Teilhabe am politischen und öffentlichen Le-
- 3 ben.
- 4 In der Realität sieht es aber leider so aus, dass Menschen mit Behinderung diskriminiert werden und nicht an
- 5 politischen Prozessen beteiligt sind. Ganz besonders wird das deutlich, wenn man den prozentualen Anteil der
- 6 Bevölkerung von Menschen mit Behinderung (9,5%) mit dem Anteil im Bundestag (3,2%) vergleicht.[1]
- 7 Deswegen fordern wir bei allen Veranstaltungen der Jusos ab der Bezirksebene und der SPD ab der Kreis-
- 8 verbandsebene nach Prüfung der Notwendigkeit und Möglichkeit folgende Kriterien einzuhalten und vor der
- 9 Veranstaltung auf Verfügbarkeit zu prüfen. Dabei ist die Möglichkeit einer Bereitstellung schriftlich über die
- 10 Homepage oder die Einladung vorab anzubieten:
- 11 **Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen:**
- 12 Barrierefreie Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- 13 Zugänglichkeit mit Rollstuhl auf dem gesamten Veranstaltungsgelände (z.B. Aufzüge)
- 14 Verfügbarkeit ausreichender, barrierefreier Toiletten/Badezimmer/Schlafgelegenheiten
- 15 Sicherstellung eines angemessenen Mobiliars bei Veranstaltungen für Gespräche und Essen auf Augenhöhe
- 16 (nicht nur Stehtische).
- 17 Adäquate Möglichkeiten zur Wortmeldung und Bühnenerreichbarkeit (zugängliche, nicht zu steile Ram-
- 18 pen)
- 19 **Für Menschen mit Höreinschränkung/Gehörlosigkeit:**
- 20 Möglichkeit eines Hörhilfeanschlusses per Induktionssystem
- 21 Verfügbarkeit einer Gebärdens- oder Schriftdolmetscher*in Für Menschen mit Sehbehinderung oder Blind-
- 22 heit:
- 23 Audio-Transkription bei Filmen
- 24 Angemessene Umgebung für Blinden- und Assistenzhunde (Wassernapf) Für Menschen mit kognitiven Ein-
- 25 schränkungen:

- 26 Antrags-/Beschlussbücher und anderen Publikationen in einfacher Sprache Verwendung von Piktogrammen
27 bei komplexen Inhalten unabhängig von der Art der Behinderung:
- 28 Sitzplatz und Verpflegung für etwaige Assistent*innen
- 29 Für uns ist es selbstverständlich, unsere Veranstaltungen zu so gestalten, dass jede*r daran teilhaben kann.
30 Mit diesen Rahmenbedingungen kann es uns gelingen, dass Menschen mit Behinderung Politik in unserer
31 Partei aktiv erleben und mitgestalten können. So leisten wir einen wertvollen Beitrag, um Artikel 29 der UN-
32 Behindertenrechtskonvention im politischen Alltag umzusetzen!
- 33 [1] <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordnetenfehlene291979/>

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

E-Mail: buero@jusos-obb.de

Telefon:

S Sozialpolitik

S Sozialpolitik

S-1	Jusos Unterfranken	Europäischen und sozialen Verpflichtungen nachkommen – Bundeseinheitliches Konzept zur Obdachlosenhilfe mit Fokus auf „Housing First“ erarbeiten	23
-----	-----------------------	--	----

S-1

Titel	Europäischen und sozialen Verpflichtungen nachkommen – Bundeseinheitliches Konzept zur Obdachlosenhilfe mit Fokus auf „Housing First“ erarbeiten		
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Europäischen und sozialen Verpflichtungen nachkommen – Bundeseinheitliches Konzept zur Obdachlosenhilfe mit Fokus auf „Housing First“ erarbeiten

- 1 Die Jusos Aschaffenburg beantragen das die Bundestagsfraktion der SPD in der Bundesregierung durchsetzt,
2 dass ein Konzept erarbeitet wird, um der europäischen Verpflichtung nachzukommen, die Obdachlosigkeit in
3 Deutschland bis 2030 zu beenden. Hierzu soll der Fokus auf „Housing First“ liegen, wie bei nachgewiesener-
4 maßßen langfristig funktionierenden Modellen wie beispielsweise in Finnland.
- 5 Derzeit gibt es in Deutschland auf Bundesebene keine Konzepte, um die Zielsetzung der europäischen Union,
6 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, zu erreichen. Derzeit gelten lediglich extrem niedrige Mindeststan-
7 dards die nach europäischen Recht als menschenunwürdig gelten (siehe RL 2013/33/EU). Die Erarbeitung von
8 Konzepten wird auf die Gemeinden abgewälzt, die damit überfordert sind. Obdachlosenhilfe ist hierdurch vom
9 Willen und der Zeit der zuständigen Mitarbeiter, sowie der Kassenlage der Gemeinden und nicht am Gemein-
10 wohl orientiert. Beides ist oft sehr gering und Zuständigkeiten werden umhergeschoben.
- 11 Da der staatliche Umgang mit Obdachlosen in Deutschland nach europäischem Recht als menschenunwür-
12 dig gilt, wurden bei der Flüchtlingshilfe und Flüchtlingsheimen deutlich höhere Standards festgesetzt. Dies
13 führt seit langem zu großen sozialen Spannungen in der Gesellschaft, da es kaum vermittelbar ist warum Leu-
14 te, die neu in das Land kommen, besser behandelt werden als Bürger*innen, die schon ihr ganzes Leben in
15 Deutschland wohnen und hier bereits Sozialabgaben und Steuern gezahlt haben. Dies verschafft außerdem
16 den flüchtlingsfeindlichen Argumenten der AfD Oberwasser und Glaubwürdigkeit.
- 17 Aufgrund der in den letzten 10 Jahren um 70% gestiegenen Zahl der Obdachlosen in der EU, wurde vom Eu-
18 ropaparlament das Ziel vereinbart die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beseitigen. Hierfür wurde eine Reihe von
19 Maßnahmen vorgeschlagen, deren Wirksamkeit erwiesen ist. Zur Umsetzung wurden außerdem Gelder be-
20 reitgestellt. Hierbei ist beispielsweise das Prinzip „Housing First“ hervorzuheben, dass dem finnischen Modell
21 sehr nahekommt.
- 22 Das finnische Modell basiert auf einer intensiven und koordinierten Zusammenarbeit des Staates mit Gemein-
23 den, Organisationen und Freiwilligen. Fundament bildet der Ansatz, dem Obdachsuchenden zuerst eine eigene
24 Wohnung zur Verfügung zu stellen, anstatt Wohnungslose in Massenunterkünften unterzubringen. Erst nach
25 der erfolgreichen Wohnungsvermittlung folgen Schritte wie eine Suchtbekämpfung oder Psychotherapie. Auf
26 dieser sicheren Basis beginnt letztlich die Arbeitsvermittlung. Eine engmaschige Betreuung durch geschultes
27 Personal unterstützt die Wohnungssuchenden bei Anträgen sowie Alltagsfragen. Hierzu wurden 300 zusätz-
28 liche Fachkräfte für soziale Arbeit eingestellt. NGOs und Gemeinden bekommen vom Staat vergünstigte An-
29 leihen zum Wohnungsbau. Zudem wird auf eine inklusive Wohnungsbelegung geachtet. 25% sind Sozialwoh-
30 nung, 30% werden subventioniert und 45% an den Privatsektor vermietet. Mit jeder erfolgreichen Neuvermie-

31 tung spart sich der finnische Staat 15.000 € pro Jahr. Die langfristige Erfolgsquote ist hoch: 4 von 5 behalten
32 dauerhaft ihre Wohnung und finden Arbeit. In den vergangenen Jahren ist es dadurch gelungen, die Zahl der
33 Wohnungslosen von einst 17.000 auf rund 4.000 zu verringern.

34 Was derzeit in Deutschland zum Thema Obdachlosigkeit gemacht wird, scheint uns als systematische Ab-
35 schreckung vor Obdachlosigkeit gedacht zu sein und nicht zur Hilfe der Betroffenen. Das deutsche Modell,
36 Menschen in Not alleine zu lassen, ist speziell im Vergleich mit dem finnischen Modell als gescheitert zu be-
37 trachten.

38 Wie Genosse Gustav Heinemann einst erklärte: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit
39 den Schwächsten ihrer Glieder verfährt“. Es ist es traurige Realität in Deutschland, dass vor allem obdachlose
40 Mädchen und Frauen auf der Straße und in Massenunterkünften tagtäglich Opfer von sexualisierter Gewalt
41 werden. Obdachlose sind häufig mit körperlicher Gewalt konfrontiert. Das enge Aufeinanderleben potenziert
42 hier jedes Konfliktpotenzial. Die Abwesenheit von Suchtbekämpfung und/oder psychologischer Hilfe führt da-
43 zu, dass Obdachlose keine Chance haben, ein normales Leben zu führen.

44 Der Winter ist für Obdachlose besonders schlimm. Hier bleibt oft nur die Wahl, sich den menschenunwürdigen
45 Bedingungen der Massenunterkünfte zu fügen oder draußen Angst vor dem Erfrieren haben zu müssen. Tief
46 blicken lässt hierbei die Tatsache, dass sich dennoch viele dazu entscheiden, lieber auf der Straße zu schlafen.
47 Gang und Gäbe ist es Hierzulande, dass insbesondere Frauen zu sexuellen Gefälligkeiten im Austausch für
48 kurzfristiges Wohnrecht genötigt werden.

49 Bei Kindern, die in solchen Verhältnissen aufwachsen sind, ist mit schwerwiegenden Spätfolgen zu rechnen.
50 Wie Genosse Karl Lauterbach erklärte, sind die Kindheitsjahre von oberster Wichtigkeit, für die Entwicklung zu
51 einem psychisch stabilen Mitglied der Gesellschaft.

52 Auch bei diesem Thema ist es, wie bei den Verordnungen zu Corona, auch die Pflicht des Staates für die kör-
53 perliche und mentale Unversehrtheit seiner Bürger zu sorgen. Dieser Antrag soll die dringend notwendigen
54 Verbesserungen anstoßen.

55 Eine Zusammenfassung der Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten sowie weitere Informationen sind unter
56 folgendem Link zu finden:

Antragsteller*innen

Jusos Unterfranken

E-Mail:

Telefon:

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag
 Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen
 V-2 Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen

V-2

Titel Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen

Antragsteller*innen Jusos Oberbayern
 Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Adressat*innen Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Klimaschutz vor der eigenen Haustüre: Start- und Landegebühren für Kurzstreckenflüge am Flughafen München und Nürnberg massiv erhöhen

1 Wir fordern die Schaffung eines Gesetzes auf Grundlage von Art. 15 GG durch die Die Landeshauptstadt, der
 2 Freistaat und der Bund setzen sich in ihrer Rolle als Gesellschafterin der Flughafengesellschaft München (FGM)
 3 für eine Anhebung der Start- und Langegebühren für Kurzstreckenflüge (< 1.000km) ein. Hierbei soll das Pas-
 4 sagierentgelt (heute 20,35€/Passagier) mindestens verdreifacht werden.

5 Für den Fall, dass das Flugaufkommen durch diese Maßnahme – es ist eine Preissteigerung gegenüber den
 6 Kunden zu erwarten – nicht reduziert werden kann, werden die Mehreinnahmen den Gesellschaftern zur Fi-
 7 nanzierung des Ausbaus des Öffentlichen Personenverkehrs zur Verfügung gestellt.

8 Dadurch findet ein sozialer Ausgleich für einkommensschwache Haushalte statt: nicht nur Flugtickets werden
 9 teurer, sondern auch Bahn- und ÖPNV-Tickets können im selben Zug günstiger angeboten werden.

10 Darüber hinaus setzen sich die Landeshauptstadt, der Freistaat und der Bund in der FGM für eine Streichung
 11 der Subventionen gegenüber Fluggesellschaften aus. Unabhängig davon stehen wir zur Forderung des
 12 Verbots und der Abschaffung von Kurzstreckenflügen.

13

14 **Begründung**

15 Die Preise für Inlandsflüge sind im Vergleich zu Bahnfahrten oftmals wesentlich günstiger. Dies führt dazu,
 16 dass Menschen fliegen statt Bahn zu fahren und damit mehr CO₂-Ausstoß in Kauf nehmen.

17 Durch die Verteuerung der Flugtickets zugunsten einer Reduzierung der Gebühren für ein Bahnticket können
 18 auch einkommensschwache Haushalte klimafreundlicher reisen. Es ist damit zu rechnen, dass überwiegend
 19 Geschäftskunden die teureren Flüge nutzen, somit findet eine Umverteilung innerhalb des Verkehrssystems
 20 statt.

21 Die Subventionen gegenüber den Fluggesellschaften werden mit dem Ausgleich von Risiko für die Fluggesell-

22 schaften, mit wirtschaftlichem Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Flughäfen und mit der Schaffung bzw.
23 Sicherung von Arbeitsplätzen begründet. Sollten durch die Verteuerung der Flugpreise, so große finanzielle
24 Schäden entstehen, dass Arbeitsplätze in Gefahr sind, so soll versucht werden, diese in andere Verkehrssek-
25 toren wie z.B. bei der Bahn zu überführen, um dort eine bessere personelle Versorgung und eine höhere
26 Zuverlässigkeit zu gewähren. Die Subventionen betragen z.B. im Jahr 2017 16 Millionen Euro, ausgezahlt an
27 32 Fluggesellschaften.

28 Die Start- und Landegeühren der FGM setzen sich aus unterschiedlichen Faktoren (Startmasse, Lärmbelas-
29 tung, Emissionen, Passagierpauschale, Sicherheitspauschale, Fracht) zusammen und können auf der Website
30 des Flughafens nachgelesen werden.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-
Landesparteitag

E-Mail: buero@jusos-obb.de

Telefon:

Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
 Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen
 V-4 Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen

V-4

Titel	Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen		
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern Adressat*innen: Landeskonferenz der Jusos Bayern, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Natur und Kultur mit vollen Zügen genießen

- 1 Urlaubszeit bedeutet tausende Tourist*innen, volle Parkplätze und verstopfte Straßen.
- 2 Bundesweit werden diese Regionen schon seit Jahren durch den motorisierten
- 3 Individualverkehr belastet.
- 4 Die jeher stark frequentierten Ausflugsziele im Inland und insbesondere im
- 5 bayerischen (Vor-)Alpenraum haben während der Covid 19 Pandemie und den damit
- 6 einhergehenden Reisebeschränkungen noch einmal verstärkt Zuspruch gefunden.
- 7 Den Anwohner*innen in den touristischen Ausflugsregionen wird ein unzumutbares
- 8 Verkehrsaufkommen aufgebürdet, eine "Blechlawine", die zu erheblichen
- 9 Einschränkungen im Alltag führt. Aus diesem Grund möchten wir den Öffentlichen
- 10 Personennahverkehr (ÖPNV) besonders in den touristischen Hochburgen stärken und
- 11 somit die Bevölkerung vor Ort entlasten sowie einen Beitrag zu klimaneutraler
- 12 Mobilität leisten. Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in den Regionen
- 13 touristischer Ausflugsaktivitäten ist unabdingbar.
- 14 Derzeit werden Parkraumkosten häufig in unterschiedlichen Modellen in Ticketpreise
- 15 touristischer Attraktionen wie Bergbahnen, Skiliften und Sehenswürdigkeiten
- 16 eingerechnet, sodass das Parken und die Anreise mit dem eigenen Auto letztlich
- 17 kostengünstiger erscheinen. Das wollen wir verändern. Deshalb fordern wir, die
- 18 existierenden Parkkosten jeglicher Art nicht in etwaige Ticketpreise zu verrechnen,
- 19 sondern sie separat abzurechnen und stattdessen die Kosten für eine Anreise mit
- 20 dem ÖPNV in den Ticketpreis der jeweiligen Attraktion zu integrieren.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

Adressat*innen: Landeskonzferenz der Jusos Bayern, Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

E-Mail: buero@jusos-obb.de

Telefon:

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W Wirtschafts- und Finanzpolitik

W-2 Jusos Oberpfalz Deckel drauf!

31

W-2

Titel	Deckel drauf!	
Antragsteller*innen	Jusos Oberpfalz	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Deckel drauf!

- 1 Als Jusos fordern wir: Deckel drauf! Nach den Entwicklungen der letzten Monate sehen sich viele im Land mit
2 einer Preisgestaltung der energetischen Ressourcen konfrontiert, welche das eigene Portemonnaie nicht mehr
3 stemmen kann.
- 4 Gas:
- 5 Für die Situation auf dem Gasmarkt gibt es derzeit vor allem eine Lösung welche wir von der Ampel einfordern:
6 Den Grundbedarf von ca. 8000 kWh pro Haushalt auf maximal 7,5ct pro kWh Verbraucherpreis zu deckeln.
7 Relativ einfach umzusetzen wäre es, weil man die kommunalen Versorger für ihr Delta zum Einkaufspreis
8 einfach kompensieren könnte. Der Deckel beim Grundbedarf sorgt auch dafür, dass der Anreiz zum Gas sparen
9 grundsätzlich erhalten bleibt, da man über diesem Grundbedarf zu Marktpreisen zu kaufen müsste.
- 10 Kraftstoffe:
- 11 Wir sehen nicht, dass die derzeitige Situation ein großes ökologisches Transformationspotenzial offen legt.
12 Wie wir bereits in vielen Beschlüssen festgehalten haben fehlt dazu schlicht der eine Ausgebaute Infrastruktur
13 oder auch nur ein Fahrplan für die zügige Umsetzung. Weil der Mensch kein Homo Oeconomicus ist und Ent-
14 scheidungen auf mehr als Preisanreizen beruhen, fordern wir daher auch die Kraftstoffpreise zu deckeln. Hier
15 schlagen wir vor den generellen deutschen Handelspreis zu regulieren. Deutschland bleibt ein großer Kraft-
16 stoffmarkt auf den Konzernen nicht verzichten werden zumal auch hier große Teile der Infrastruktur zur Raf-
17 finierung ansässig ist, es beendet jedoch die Spekulationsblase welche sich nachweislich gebildet hat.

Antragsteller*innen

Jusos Oberpfalz

E-Mail:

Telefon:

INI Initiativanträge

INI Initiativanträge

INI-1	Landesvorstand Jusos Bayern	100 Milliarden – nicht mit uns!	33
-------	--------------------------------	---------------------------------	----

INI-1

Titel	100 Milliarden – nicht mit uns!		
Antragsteller*innen	Landesvorstand Jusos Bayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesgruppe Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz, in der SPD- BayernSPD-Landtagsfraktion,	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

100 Milliarden – nicht mit uns!

1 Adressat*innen: SPD-Landesgruppe Bayern, Jusos Bundeskongress, Bayern SPD, Landtagsfraktion Bayern
2 SPD

3

4 **Einleitung**

5 Vor drei Monaten verkündete der Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitwende im Bundestag. Die russische
6 Invasion in der Ukraine war der Anlass, die deutsche Verteidigungs- und Militärpolitik in einer Regierungsbe-
7 gründung neu aufzustellen. Zur Überraschung vieler, nicht nur für Scholz' Regierungskolleg*innen.

8 Das Ampel-Kabinett legte am 14. April einen Haushaltsentwurf vor, der im Artikel 87a des Grundgesetzes fol-
9 genden Absatz einfügen möchte:

10 „Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen mit eigener Krediter-
11 mächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten. Auf die Kreditermächtigung sind Artikel 109
12 Absatz 3 und Artikel 115 Absatz 2 nicht anzuwenden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

13 Ein einmaliges Sondervermögen für die Bundeswehr soll mit einer Zweidrittelmehrheit durch den Bundestag
14 an der Schuldenbremse vorbei in das Grundgesetz geschrieben werden. Eine einmalige Ausgabe mit Verfas-
15 sungsrang – eine Neuheit im politischen System Deutschlands.

16 Eine Neuheit, die wir auf das entschiedenste ablehnen!

17 **Die NATO ist bereits hochgerüstet**

18 Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht die erste völkerrechtswidrige Handlung Russlands. Nach der
19 Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim beschloss die NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Wales 2014 ein An-
20 halten der sinkenden Rüstungsausgaben in den Staaten des Nordatlantikbündnisses. Das Zwei-Prozent-Ziel
21 wurde erneuert mit der Zielsetzung, bis 2024 in alle Staaten des Nordatlantikpaktes mindestens zwei Prozent
22 des Bruttoinlandsproduktes für militärische Zwecke bereitzustellen.

23 Seit diesem Beschluss steigen die Militärausgaben in Deutschland stetig an. Im Jahr 2014 wurden 44,7 Milli-
24 arden Euro verbucht, 1,53% des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands im selben Jahr. Vorheriges Jahr wurden
25 bereits 56 Milliarden Euro verbucht, 1,57% des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Eine Erfüllung des 2%-
26 Zieles im Jahr 2021 hätten Mehrausgaben in Höhe von 15,41 Milliarden Euro erfordert, um den Verteidigungs-
27 haushalt auf 71,41 Milliarden zu erhöhen. Deutschland hat also bisher keine Tendenzen gezeigt, dass 2%-Ziel
28 ab dem Jahr 2024 einhalten zu können. Die angekündigten Investitionen würden dazu führen, dass dieses Ziel
29 sogar noch übertroffen wird.

30 Diese Rechnung zeigt ebenfalls die Absurdität des 2%-Zieles der NATO. Mit jedem Jahr, in dem es Wirtschafts-
31 wachstum gibt, müssen die Militärausgaben ebenfalls ohne Bedarfsprüfung erhöht werden. Seit 1991 gab es
32 lediglich zwei Jahre, in denen das BIP gesunken ist: 2009 und 2020. Alle anderen Jahre hätten es erfordert,
33 mehr Geld in die Bundeswehr zu investieren – unabhängig von der Sicherheitslage und Ausstattung.

34 Die NATO ist bereits heute das mächtigste Militärbündnis der Welt. Das Vereinigte Königreich hat im Jahr 2021
35 allein höhere Militärausgaben als Russland gehabt, die NATO verfügt zusammen über mehr Kernwaffen als
36 die Russische Föderation. Auch vor den neuen Aufrüstungen war klar: der NATO ist keine militärische Macht
37 auf der Welt gewachsen.

38 Aus dieser Situation ziehen wir folgende Schlüsse:

- 39 • Das 2%-Ziel der NATO soll weiterhin nicht eingehalten, sondern viel mehr abgeschafft werden,
- 40 • Verteidigungsausgaben müssen bedarfsgerecht ermittelt werden, wobei der Bedarf lediglich die Lan-
41 desverteidigung und einen Schwerpunkt auf humanitäre Unterstützung setzt, die Einhaltung von Bünd-
42 nisverpflichtungen (wie diese aussehen könnten wird im Solidarprojekt Ukraine definiert)
- 43 • Wir unterstützen keinerlei Grundgesetzänderungen, die ein 100-Milliarden-Sondervermögen oder an-
44 derweitige Festschreibungen von Militärausgaben umfassen sollen.

45 Wir fordern die Bayrischen SPD Bundestagsabgeordneten, insbesondere diejenigen im Jusos-Alter auf, das
46 Sondervermögen abzulehnen.

47 **Wer profitiert vom Krieg?**

48 Die kurze Antwort lautet: niemand, für den wir einstehen wollen. Krieg verwirklicht die Visionen nationalis-
49 tischer, völkischer und autoritärer Kräfte. Krieg hilft einigen wenigen Superreichen und denen, die Waffen
50 und Rüstung für Profit herstellen. Innerhalb von zwei Wochen nach Kriegsbeginn sind die Aktienkurse von
51 Rheinmetall stark angestiegen – bevor es konkrete Zusagen gab, profitierten bereits die Investor*innen der
52 deutschen Rüstungskonzerne vom Krieg in der Ukraine.

53 Wir jedoch wollen uns solidarisch mit denjenigen zeigen, die gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
54 Widerstand leisten. Das gelingt nicht mit einem blinden Hochschrauben der Rüstungsausgaben in Deutsch-
55 land, sondern mit einem entschlossenen Reagieren durch die westlichen Bündnisse und einer Prävention zu-
56 künftiger Invasionen Russlands.

57 Wir erneuern daher unsere Forderung mit Nachdruck:

- 58 • Die Verstaatlichung aller Rüstungsindustrie muss erfolgen.
- 59 • Rüstungskonzerne sind vom Aktienmarkt zu nehmen.
- 60 • Herstellung, Auslieferung und den Export von Rüstungen muss strenger parlamentarischer Kontrolle
61 und absoluter Transparenz unterliegen.
- 62 • Mit Waffen darf kein Profit gemacht werden!

63 **Die Bundeswehr ist dysfunktional**

64 Die Union hat im letzten Jahrzehnt das Verteidigungsministerium zur Bewährungsprobe für Möchtegern-
65 Kanzler*innen umgebaut. Die Misswirtschaft der Bundeswehr wird durch ein Beschaffungswesen verdeutlicht:
66 Waffensysteme ohne Ersatzteile, zu wenig Munition, Geräte, die lediglich in Deutschland funktionieren und
67 das Annehmen von defektem Gerät von Hersteller*innen ohne Bedenken. Teure Kasernen und Immobilien
68 reihen sich ein in komplizierte, bürokratische Vorgänge, unklare Zuständigkeiten sowie niemandem, die*der
69 Verantwortung für begangene Fehler übernehmen möchte. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Mili-
70 tärs zeigt sich die Ineffizienz der Bundeswehr. Am Beispiel Frankreich wird deutlich: Deutschland gibt in mehr
71 Geld im Jahr für sein Militär aus als Frankreich, jedoch unterhält Frankreich mit weniger Mitteln komplexere
72 Waffensysteme und führt mehr militärische Interventionen im Ausland durch als Deutschland. Die französi-
73 sche Militär- und Außenpolitik ist *keineswegs* ein Vorbild für einen sozialistischen Verband. Der Vergleich der
74 Ausgaben beider Militärs zeigt jedoch, wie ineffizient die Bundeswehr wirtschaftet. Jeder Euro mehr, der in
75 Deutschland für den Verteidigungshaushalt verbucht wird, bevor es zu tiefgreifenden Umstrukturierungen
76 gekommen ist, führt vor allem zu unverhältnismäßiger Geldverschwendung.

77 Hinzu kommt, dass der Bundeswehretat seit 2015 stetig ansteigt. Das legt offen: sieben Jahre mehr Geld für die
 78 Bundeswehr haben keine Trendwende bei den Skandalen der Bundeswehr gebracht. Auch muss hervorgeho-
 79 ben werden, dass das Sondervermögen der 100 Milliarden Euro an *keinen* Wirtschaftsplan gebunden ist. Essen-
 80 tielle Fragen bleiben damit unbeachtet: Welche Kosten fallen an? Wofür soll das Geld in den nächsten Jahren
 81 ausgegeben werden? Braucht es 100 Milliarden, oder würden bei einer besseren Organisation auch geringere
 82 Beträge zum selben Ziel führen? Angesichts der gigantischen Investition ist es unverantwortlich, als Bundesre-
 83 gierung die Frage nach dem „wofür“ gänzlich offen zu lassen. Sehenden Auges wird auf eine Versenkung von
 84 Milliardenkrediten in ein schwarzes Loch hingearbeitet. Das können wir nicht mitverantworten.

85 Zu allem Überfluss haben Unions- und AfD-Politiker*innen nun eine Debatte um die Wiedereinsetzung der
 86 Wehrpflicht gestartet. Das Verpflichten junger Menschen an der Waffe bringt weder der Ukraine noch Deutsch-
 87 land, mehr Sicherheit. Es steht im direkten Widerspruch zu unseren sozialistischen, antimilitaristischen Wer-
 88 ten.

89 In der Debatte fallen zudem die neo-nazistischen Vernetzungen innerhalb der Bundeswehr oft hinten runter.
 90 Seit Bestehen der westdeutschen Streitkraft war sie zu Beginn Zufluchtsort für Alt-Nationalsozialisten und
 91 heute ein sicherer Ort für die neue Rechte. Die Bundeswehr muss frei von neo-nazistischer Ideologie sein,
 92 rechte Netzwerke müssen zerschlagen werden – oder die Armee selbst ist eine Gefahr für die Sicherheit im
 93 Land.

94 Daher fordern wir:

- 95 • Ein Einstellen der Verschwendung von Milliarden staatlicher Mittel durch die Bundeswehr durch,
 - 96 – Einstellung der in Teilen rechtswidrigen und überbeuerten Berater*innen-Praxis, etabliert durch
 - 97 die heutige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen,
 - 98 – eine umfassende Überprüfung des Beschaffungswesens, der Immobilienwirtschaft und der Per-
 - 99 sonalpolitik der Bundeswehr.
- 100 • Umfassende Transparenz bei den Wehrausgaben und eine Aufklärung der verschwenderischen Politik
- 101 durch die Unionsminister*innen durch parlamentarische und externe Kontrolle,
- 102 • Eine endgültige Abschaffung der Wehrpflicht,
- 103 • Eine entschlossene Kampagne gegen neo-nazistische Strukturen und Netzwerke innerhalb der Bun-
- 104 deswehr.

105 **Wofür wir das Geld tatsächlich brauchen**

106 Für uns Jusos war schon immer klar: die Schuldenbremse muss fallen! Aber doch nicht so, nicht außerhalb
 107 der Kontrolle des Parlamentes, der Demokratie. Die Aufnahme einer einzelnen Ausnahme für überdimen-
 108 sionierte Militärausgaben schürt zukünftige Konflikte mit Ausgaben in anderen, wichtigen Handlungsfeldern.
 109 Die Sparpolitik der letzten Jahrzehnte hat zu einem enormen Investitionsstau in praktisch allen Gebieten ge-
 110 führt. Wir möchten den Fall der Schuldenbremse zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Einleitung des sozio-
 111 ökologischen Umbaus unserer Gesellschaften und zur Schaffung internationaler Solidarität auf Grundlage von
 112 Kooperation und globalem Ausgleich von Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten. Wir möchten nicht länger
 113 Handlungsfelder gegeneinander ausspielen, sondern die oberste Maxime der Geldpolitik in die Tat umsetzen:
 114 „Alles, was wir tatsächlich tun können, können wir uns leisten“.

115 Wir fordern daher, folgendes umsetzen:

- 116 • Das Ende der Schuldenbremse,
- 117 • Enorme Investitionen in den Kampf gegen den Klimawandel, damit sichergestellt wird, dass auch uns
- 118 nachfolgende Generationen auf dem Planeten Erde leben können,
- 119 • Eine Ertüchtigung des Gesundheitswesens, insbesondere mit Blick auf die Folgen der Covid19-
- 120 Pandemie,
- 121 • Massenhafte Investitionen in das Bildungswesen,
- 122 • Modernisierung aller öffentlicher Infrastruktur, insbesondere zur Digitalisierung in allen Staats- und
- 123 Gesellschaftsbereichen, des öffentlichen Nahverkehrs, öffentlicher Räume und Bauwerke,

- 124 • Der Bekämpfung von Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und anderen sozialen Notlagen,
125 • Und vielen weiteren bisher vernachlässigten Handlungsfeldern.

126 **Solidarität mit der Ukraine – nicht mit der Rüstungsindustrie**

127 „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ ist heute so falsch, wie es damals war. In diesem Antrag machen
128 wir klar, dass wir die Investition von 100 Milliarden in die Bundeswehr für falsch erachten. Der Auftrag der Bun-
129 deswehr ist die Verteidigung und humanitäre Hilfe – das steht im Kontrast zur Entwicklung der NATO seit den
130 1990er Jahren. Doch diese Entwicklungen stehen auch den Invasionen Russlands in Tschetschenien, Moldawi-
131 en, Georgien und zuletzt in die Ukraine. Sie stehen ebenfalls dem Bedürfnis vieler europäischer Gesellschaften
132 entgegen, sich zum Schutz vor weiteren Aggressionen durch Russland der NATO anzuschließen.

133 Wir erneuern unsere Solidaritätserklärung an diejenigen, die in diesen Tagen in der Ukraine Widerstand gegen
134 Krieg, Gewalt und Kriegsverbrechen leisten. Wir müssen jedoch auch anerkennen, dass wir heute nicht die
135 Antworten auf Putins Angriffskrieg haben, die wir gerne geben wollen.

136 Um die Wichtigkeit der Solidarität mit von Krieg und Verfolgung betroffenen zu unterstreichen, sowie zur Neu-
137 bewertung unserer internationalen Solidaritätspolitik setzen wir daher mit unserem Arbeitsprogramm das
138 **„Solidaritätsprojekt Ukraine“** ein, das von der Themenwerkstatt Internationales organisiert werden soll und
139 sich unter anderem folgender Fragen widmen soll:

- 140 • Die Frage nach Waffenexporten, insbesondere in Krisengebiete,
141 • Rolle der Bundeswehr in der Welt,
142 • Militärische Bündnisfragen,
143 • Demokratische Kontrolle & Transparenz in der Bundeswehr,
144 • Europäische Armee,
145 • Atomare Abrüstung.

146 Das Solidaritätsprojekt soll zur nächsten Landeskonferenz einen Bericht der aktuellen Diskussion vorlegen
147 und einen Grundsatzantrag zur Debatte und zum Beschluss auf einer Landeskonferenz vorlegen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand Jusos Bayern

E-Mail: kilianmaier@web.de

Telefon: